

Stellungnahme zum Ratsbürgerentscheid „Olympia-Bewerbung“

(Von E. Noldus.)

Nachdem die Bundesregierung im November 2025 die Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer Spiele ab 2036 befürwortet hat, geht es jetzt in die nächste Runde.

Zur Einführung

In seiner konstituierenden Sitzung am 15. 12. 2025 hatte der Rat eine Satzung beschlossen, um „die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides über die Teilnahme der Stadt Oberhausen an der Olympia-Bewerbung der Region Rhein-Ruhr“ vorzubereiten (Drucksache B/18/0182). In einer weiteren Vorlage (B/18/0209) wurden alle Aspekte einer Olympia-Bewerbung ausführlich dargelegt.

Gemäß der beschlossenen Satzung können die im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen den Abstimmungsberechtigten ihre Stimmempfehlungen zur Kenntnis geben, wenn sie diese dem Oberbürgermeister bis spätestens am 59. Tag vor der Abstimmung bekannt machen.

Die Stellungnahme ist am 18. Februar, einen Tag vor Ablauf der Frist, erfolgt.

Die Stellungnahme der AfD

Die AfD-Ratsfraktion Oberhausen begrüßt ausdrücklich die Durchführung eines Bürgerentscheids zur geplanten Olympia-Bewerbung der Region Rhein-Ruhr. Eine so weitreichende Entscheidung gehört in die Hände der Bürger. Wir rufen daher alle Oberhausenerinnen und Oberhausener – unabhängig von ihrer persönlichen Haltung – zur Teilnahme am 19.04.2026 auf.

In Übereinstimmung mit der AfD-Landtagsfraktion NRW stellen wir fest: Olympische Großprojekte bergen erhebliche finanzielle Risiken und unkalkulierbare Folgekosten. Bis heute bleiben die konkreten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, mögliche Ertüchtigungen von Sportstätten sowie der zusätzliche Bedarf an Trainingsstätten intransparent. Angesichts der angespannten Finanzlage stellt sich die Frage nach Sinn, Zweck und tatsächlichem Nutzen für unsere Bürger. Oberhausen braucht solide Finanzen und klare Prioritäten – keine Prestigeprojekte mit offenem Ausgang.